

Die Politische Inklusion der Immigrierten in der Schweiz im Internationalen Vergleich



Prof. Dr. Joachim Blatter

**Referat bei der 15. Integrationstagung der Stiftung MINTEGRA
Buchs, 5. November 2016**

1. *Warum* müssen bzw. sollten Demokratien Immigrierte inkludieren?
2. *Wann* müssen bzw. sollten Demokratien Immigrierte inkludieren?
3. Der *Immigrant Inclusion Index* (IMIX)
4. Das „allgemeine Wahlrecht“: Ein selbst in Europa noch längst nicht verwirklichtes Grundprinzip demokratischer Selbstbestimmung
5. Die vergleichsweise grosse Exklusivität der Schweizer Demokratie
6. Möglichkeiten zur Reduktion des Demokratiedefizits in der Schweiz

Grundwerte der **liberalen Demokratie**:

= Politisches System muss individuelle Freiheit und universelle Gleichheit sicherstellen

⇒ Jede/r, der/die dem Gesetz unterworfen ist, soll bei der Gestaltung der Gesetze mitbestimmen dürfen (= „all subjected to law“-Prinzip)

⇒ Mitbestimmung ist eine Frage der **Gerechtigkeit**

⇒ Mitbestimmung ist kein Geschenk oder eine Belohnung nach gelungener Integration – es ist ein **Recht**, das mit der **Pflicht** auf Einhaltung der Gesetze einhergeht!

Grundwerte der **republikanischen Demokratie**:

- = Politisches System muss Partizipationsmöglichkeiten schaffen, um die Selbstbestimmung von Gemeinschaften und Individuen zu stärken
- ⇒ Stimmrecht ermöglicht das Engagement und die Selbstverwirklichung der Immigrierten in der politischen Gemeinschaft
- ⇒ Inklusion der Immigrierten stärkt die kollektive Selbstbestimmung (besonders wichtig bei einem Milizsystem wie in der Schweiz)
- ⇒ Empirische Forschung: Einbürgerung stärkt die politische Integration (Interesse, Wissen, Identifikation und Partizipation)

Warum sollten Demokratien Immigrierte inkludieren?

Politische Inklusion stärkt **sozio-ökonomische Integration**

- ⇒ Vielfacher Nachweis, dass Einbürgerung die Chancen auf dem Arbeitsmarkt erhöhen
- ⇒ Hochqualifizierte bleiben länger, wenn sie mitbestimmen dürfen

Politische Inklusion stärkt die **kulturelle Assimilation**, möglicherweise aber auch die **kulturelle Transformation**

- ⇒ Eingebürgerte identifizieren sich nicht nur mehr mit dem Staat sondern auch mit der nationalen (oder lokalen bzw. regionalen) Gemeinschaft
- ⇒ Eingebürgerte und Immigranten, die aufgrund des Ausländerstimmrechtes vollständig partizipieren können, machen sich mit der konsensorientierten Kultur der Schweiz vertraut
- ⇒ Immigranten helfen beim Übergang zu einer konflikthafteren politischen Kultur, die sich auch in der Schweiz so oder so breit macht

Liberales Kriterium:

- = Konsequenzen politischer Entscheidungen müssen getragen werden
- ⇒ Dauerhafter Aufenthalt (keine Touristen, keine Studenten + *Expats*)
- ⇒ Nach 5 Jahren Aufenthalt nimmt die Anzahl der Rückkehrenden markant ab (OECD 2008)

Klassisch republikanisches Kriterium:

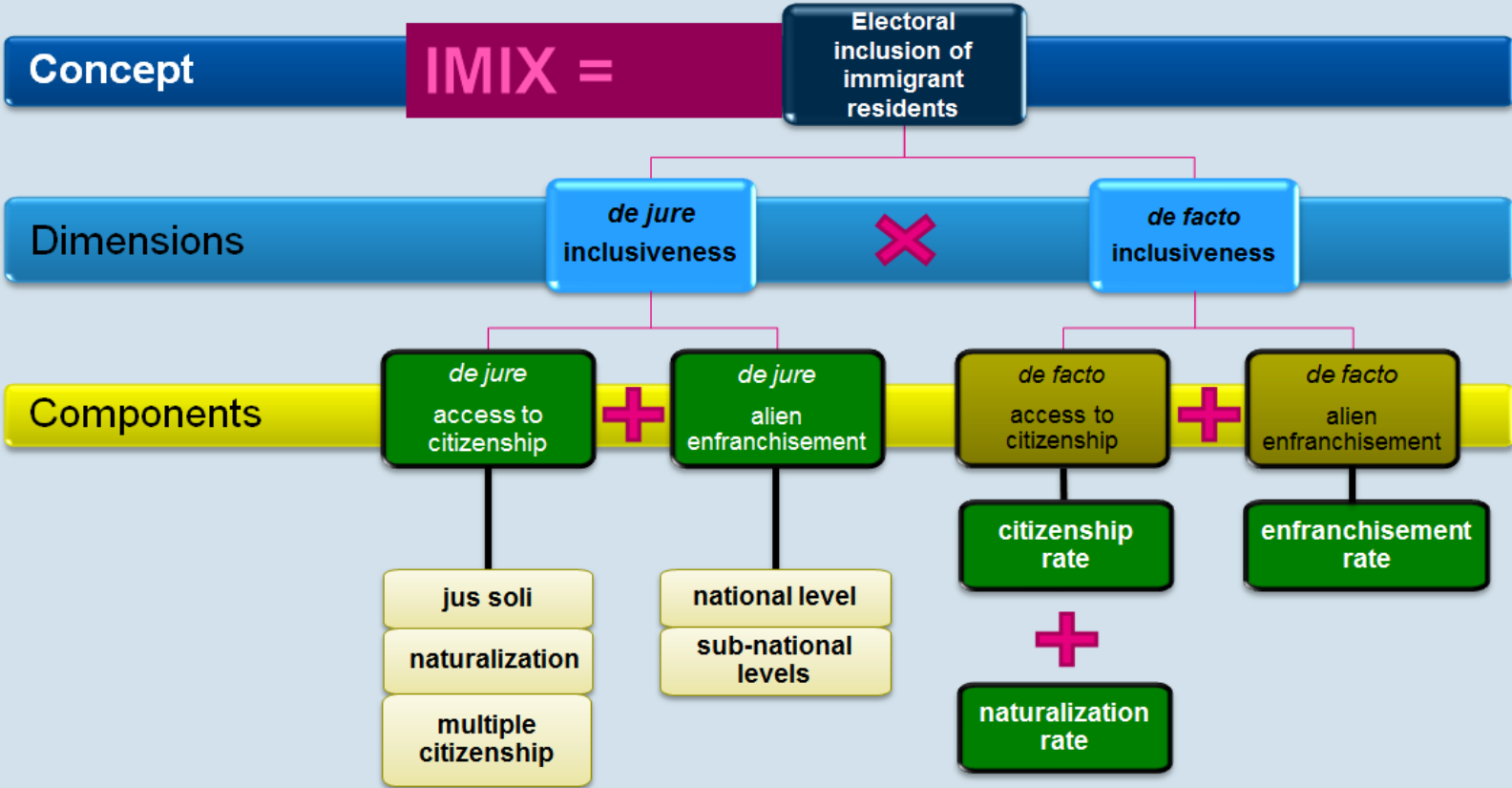
- = Kompetenzen müssen vorhanden sein
- ⇒ Wissen über die Funktionsweise des politischen Systems
- ⇒ Ablauf einer Legislaturperiode (4-5 Jahre) liefert das notwendige Wissen

Kommunitaristisches Kriterium:

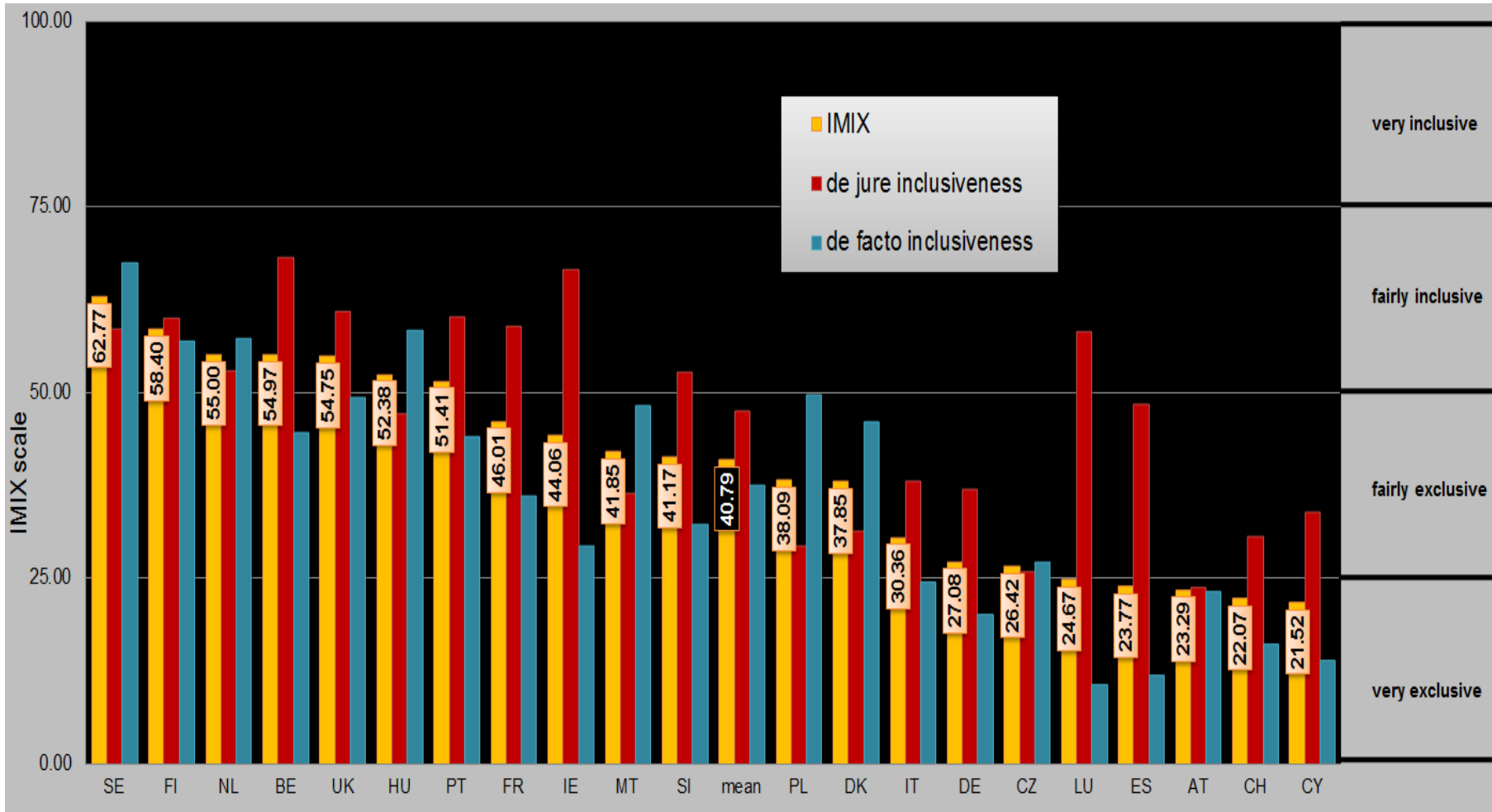
- = Identifikation mit dem Gemeinwesen notwendig
- ⇒ Konservative Auslegung: Inklusion erst nach der Assimilierung
- ⇒ Transformative Auslegung: Inklusion trägt zur Identifikation bei
- ⇒ 5 Jahre als Kompromiss zwischen den beiden Auslegungen

**Normativer Standard (Konsens unter Expert*innen):
Nach fünf (5) Jahren dauerhaftem, legalem Aufenthalt!**

Das Messinstrument: Der *Immigrant Inclusion Index (IMIX)*



Empirische Ergebnisse: Die rechtliche und faktische Inklusivität bzw. Exklusivität europäischer Demokratien

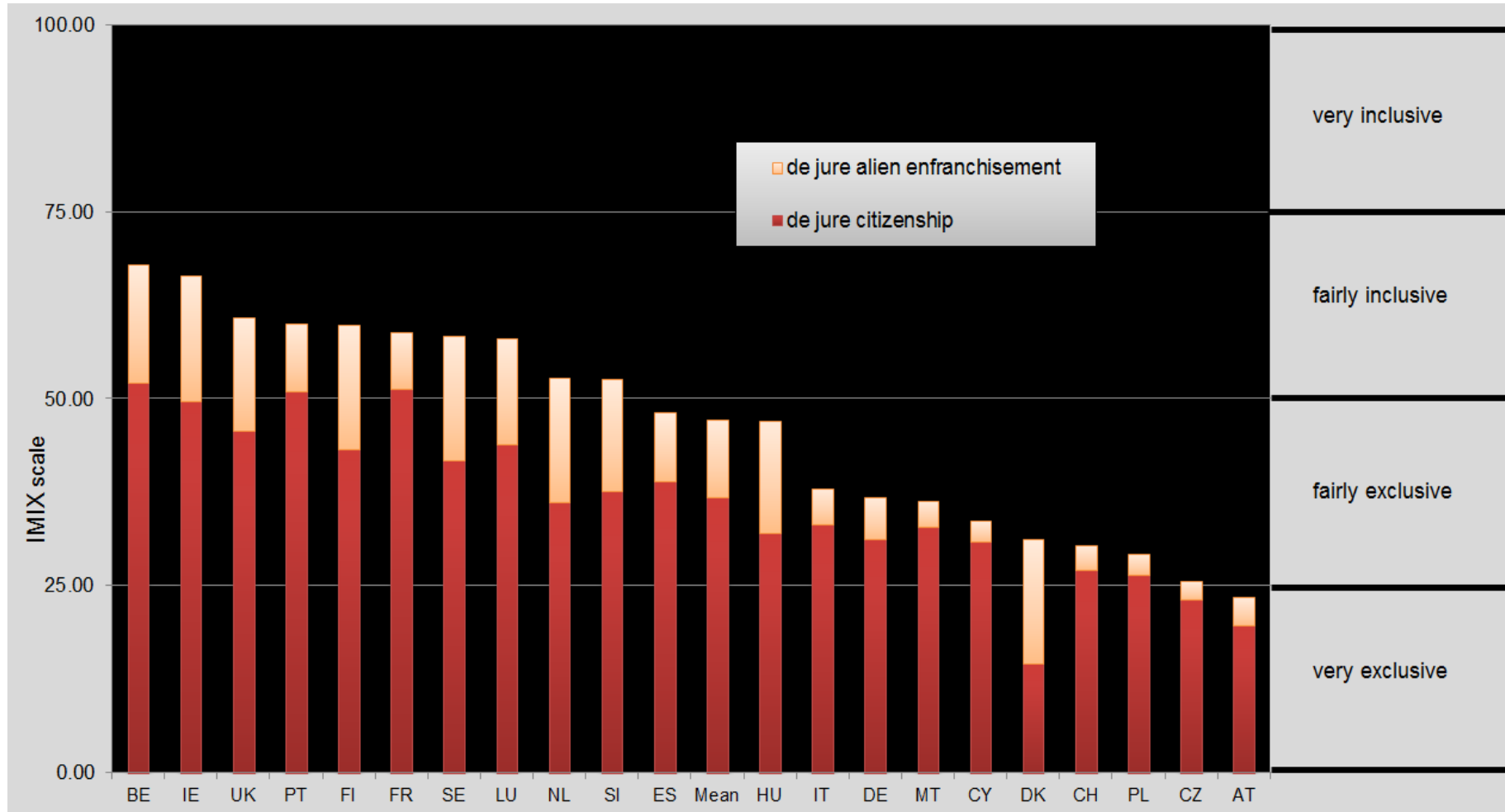


Wichtigste Erkenntnisse

1. Selbst in den besten Demokratien Europas sind wir noch weit entfernt von der Verwirklichung eines wahrhaftig universellen Wahl- und Stimmrechtes (dass dies aber möglich ist, zeigt Neuseeland)
2. Es gibt aber grosse Unterschiede innerhalb Europas:
 - Skandinavien und Holland/Belgien sind ziemlich inklusiv
 - Deutschsprachige Länder sind ziemlich exklusiv
3. Hohe Korrelation zwischen Einbürgerungsrecht und Stimmrecht für Ausländer*innen: Liberale Einbürgerung ist kein Ersatz für Verweigerung von Ausländerstimmrechten, sondern: Wer restriktiv bei den Ausländerstimmrechten ist, ist auch restriktiv bei der Einbürgerung.

Mehr zum IMIX auf der Homepage des Politikwissenschaftlichen Seminars: www.unilu.ch/imix

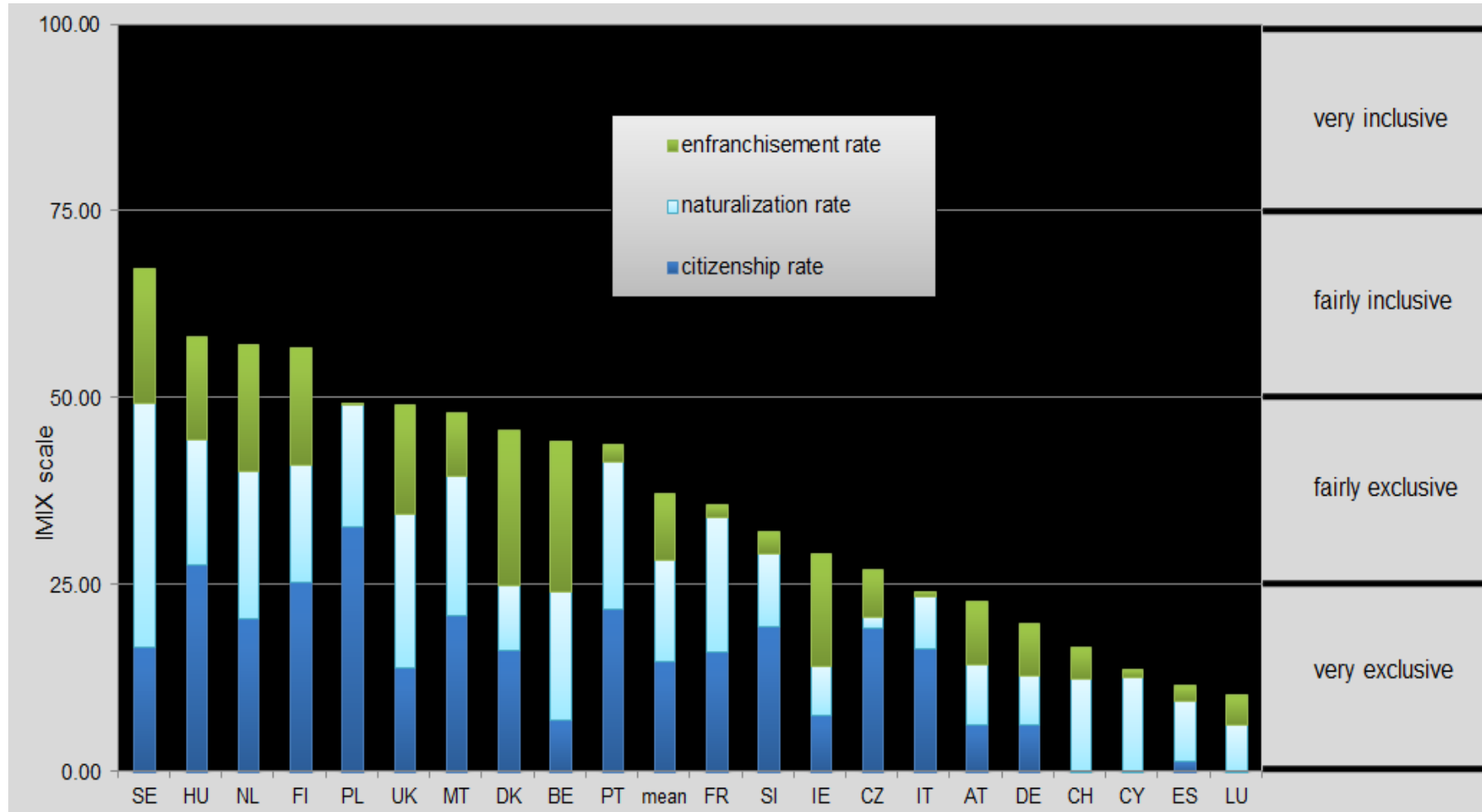
Empirische Ergebnisse: *de jure* Inklusivität



Zentrale Gründe, warum die Schweiz schlecht abschneidet:

- Verhältnis Bürger*innen zu Bewohner*innen ist „unterirdisch“: 75%
- Trotz einigen kantonalen/kommunalen Vorreitern:
nur sehr wenige der eigentlich zu inkludierende Immigranten werden über das Ausländerstimmrecht auch wirklich inkludiert: 12,5 %
- Die Inklusion ist nicht nur gering, wenn wir die Köpfe zählen (*de facto*), sondern auch in den Gesetzen (*de jure*) zeigt sich ein geringer Willen zur Inklusion - sowohl im Parlament als auch bei den Schweizer Stimmbürger*innen:
 - > jüngste Bürgerrechtsreform (immer noch 10 Jahre Wartezeit)
 - > jüngste Abstimmungen zum Ausländerstimmrecht: massive Ablehnungen in den Kantonen Basel-Stadt, Luzern, Zürich und Schaffhausen

Empirische Ergebnisse: *de facto* Inklusivität



Möglichkeiten zur Reduktion des Demokratiedefizits

1. Weitere Initiativen zum Ausländer- bzw. Bewohner*innenstimmrecht:
Lernen von den erfolgreichen Kantonen und Kommunen (AR, FR, GE, GR, JU, NE und VD)?
2. Zumindest ein Antragsrecht?
 - Erfolgreiche Einführung z.B. in den Städten Bern und Luzern:
=> Aus der Volksmotion wurde Bevölkerungsantrag.
 - Sesshafte Ausländer*innen dürfen genauso wie Schweizer Bürger*innen einen Antrag unterzeichnen, in dem das Parlament und/oder die Exekutive zum Handeln aufgefordert wird.
3. Symbolische Inklusion: Aktion „Wahlkreis 100%“
 - In Freiburg i. Brsg. ermöglicht ein zivilgesellschaftlicher Verein den nichtinkludierten Ausländer*innen die Stimmabgabe bei Wahlen.
 - Übergabe der Ergebnisse an die offiziell gewählten Abgeordneten
 - Idee stammt aus der Schweiz: 1953 in Unterbäch (Wallis): 33 Frauen haben symbolisch abgestimmt – einige Jahre später durften sie dann auch offiziell.

Möglichkeiten zur Reduktion des Demokratiedefizits

4. Inkludierte stimmen als Stellvertretende für Exkludierte: „Electoral Rebellion“

- Wahlberechtigte Bürger*innen geben Ihre Stimme den nicht-wahlberechtigten Bewohner*innen und stimmen in deren Auftrag
- Von Israel über Grossbritannien nach Deutschland
- Organisation über Facebook
- Eigener Verbesserungsvorschlag: Emigrierte geben ihre Stimme den Immigrierten, da diese den Gesetzen auch tatsächlich unterworfen sind.
- Organisator*innen für die Schweiz?

Weitere Informationen zu den Projekten „Wahlkreis 100%“ und „Electoral Rebellion“:
Joachim Blatter, Clemens Hauser und Sonja Wyrsh (2016): Kein Stimmrecht – trotzdem mitstimmen. **In: Ch. Abbt und J. Rochel (Hg.): Migrationsland Schweiz.** Vorschläge für eine Politik der Öffnung. Verlag Hier und Jetzt. S. 39-56